

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Köhler, Dresden, Postfach 10011
Redaktion: Dresden, Postfach 10011
Druck: Dresden, Postfach 10011

Bezugspreis: Vierteljährlich 3,40 M., einjährlich 6,80 M., für
Zugabe: durch Postweg 3,40 M., einjährlich 6,80 M., für
Zugabe: durch Postweg 3,40 M., einjährlich 6,80 M., für

Druck u. Verlag: Rudolf Köhler, Dresden, Postfach 10011
Redaktion: Dresden, Postfach 10011
Druck: Dresden, Postfach 10011

Verhör der polnischen Flieger in Oppeln

Das Reich erhebt Einspruch in Warschau

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Januar. Ueber die unerhörte polnische Provokation der Ueberfliegung Oppeln gerade in den Stunden, wo der Reichskanzler dort weilte, liegen jetzt weitere Nachrichten vor. Die in Oppeln verhafteten Flieger wurden zum Reichswehrkommando gebracht, wo ihre Vernehmung erfolgte. Angeblich behaupten sie sich auf der Fahrt von Krakau nach Warschau. Sie wollen infolge Schneeeinsturzes die Orientierung verloren haben. Waffen und Fotoapparate wurden bei ihnen nicht gefunden. Es scheint aber, daß diese vorher abgeworfen worden sind und noch gefunden werden. Einer der Piloten gibt an, Hugo Wolff zu heißen und aus Opatowitz gebürtig zu sein. Er will früher im deutschen Heere gedient und eine Oppelnerin zur Frau haben. Die Aufnahme von Spille verweigerte er und verlangte eine Pistole, um sich zu erschützen, da er über die Landung auf deutschem Boden sehr unglücklich sei und von seinem Kommandeur wiederholt Vorwürfe erhalten hätte, daß er ein alter Deutscher sei. Die beiden Piloten wurden in Schubhaft genommen und die Flugzeuge durch die Militärbehörde sicherstellt.

Es ist anzunehmen, daß es sich um ein bewußtes Verbrechen gehandelt hat und daß die öffentliche Erregung, die gerade in diesen Tagen in Oberschlesien herrschte, durch eine derartige Provokation geschürt werden sollte. Diese Auffassung gewinnt um so mehr an Wahrscheinlichkeit, als nach Meldungen aus Ostoberschlesien an der Grenze erneut starke polnische Truppenkräfte zusammengezogen worden sind.

Scharfe Proteste der Berliner Presse

Berlin, 10. Jan. Die Tatsache, daß drei polnische Militärflugzeuge gerade am Tage des Kanzlerbesuches in Oppeln eine Stunde lang über der Stadt kreuzten, wird auch von den Berliner Blättern als eine Herausforderung angesehen. Die Ausrede, daß es sich um einen Reibflug handelte, wird von der „Germania“ für unwahrscheinlich gehalten. Das Blatt betrachtet den Flug vielmehr als eine Demonstration gegen Deutschland und fordert eine strenge und eingehende Untersuchung darüber, wie diese neuerliche Verletzung deutschen Hoheitsgebietes mündlich wurde. Die „D.N.“ betont, daß es eine unerhörte Provokation gegenüber dem Deutschen Reich bedeute, zum Besuche des Kanzlers in Oppeln polnische Militärflieger zu entsenden.

Das Blatt verlangt von der Reichsregierung scharfen Protest gegen den Ueberfall.

Der „Vofolanzenger“ bezeichnet es als eine Provokation von außerordentlichem Format, wenn drei polnische Militärflieger ausgerechnet am Tage des Kanzlerbesuches sich nicht weniger als 60 Kilometer über die deutsche Grenze verfliegen. Die Ausrede, daß die Flugzeuge im Schneeeinsturz vom richtigen Wege abgekommen seien, werde in diesem Falle schwerlich irgendwo Glauben finden. Auch die „Deutsche

Tagungzeitung“ spricht von einer polnischen Herausforderung. Der „Vorwärts“ hebt hervor, daß ein großer Teil des deutschen Volkes nicht leicht von der Auffassung abzubringen sein werde, daß das Ueberfliegen deutschen Gebietes durch polnische Militärflieger gerade am Tage des Kanzlerbesuches als Provokation zu gelten. Es wäre eine Frage des Taktgeschehens, namentlich nach den jüngsten Ereignissen in Oberschlesien und am Vorabend der Genfer Auseinandersetzungen, solche Vorwürfe zu vermeiden. Die „Vörlanzzeitung“ sagt, es falle schwer, in dem Auge der polnischen Militärflieger über Oberschlesien am Tage des Kanzlerbesuches keine beabsichtigte Herausforderung zu sehen.

Nach den bisherigen Erfahrungen müßte ein papierener Protest in Warschau gar nicht. Es ist ja nicht das erste Mal, daß ein solcher deutscher Einspruch erhoben werden muß. Vor wenigen Monaten, als nach dem Grenzverstoß von Neuhäusen die polnische Spionagefliegerei über dem deutschen Osten lebhafter wurde, antwortete bekanntlich die polnische Regierung auf die Vorstellungen des deutschen Botschafters, sie werde dafür Sorge tragen, daß sich derartige „Reibflüge“ in Zukunft nicht mehr ereignen. Man sieht jetzt, wie wenig diese Worte hielten. In diesem Zusammenhang darf wohl daran erinnert werden, daß Ausland sich seinerzeit der Luftspionage erweidete, indem es einfach einen polnischen Flieger abhock. Auch bei uns ist es jetzt Sache der Reichsregierung, auf eine wirkungsvollere Abwehr als die bisherige zu achten. Schließlich kann Deutschland nicht fortgelassen in der Rolle des geduldeten Passives verharren, mit dem man nach Belieben und Willkür verfahren darf.

Der deutsche Schritt in Warschau

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 10. Januar. Die Reichsregierung hat die deutsche Botschaft in Warschau angewiesen, wegen der gestrigen Ueberfliegung deutschen Gebietes durch polnische Militärflieger scharfen Einspruch zu erheben und in diesem Zusammenhang auch alle die übrigen Grenzverletzungen in das Gedächtnis der ausländischen Regierungen zu rufen. Weitere Maßnahmen behält sich die Reichsregierung vor, nachdem das Untersuchungsverfahren abgeschlossen ist. Wie wir erfahren, besteht bei dieser Grenzverletzung ohne Zweifel Spionageverdacht.

In der Weisung wird u. a. auch darauf hingewiesen, daß Deutschland von einem Anzug von Nachbarstaaten umgeben ist, die ebenfalls große militärische Luftflotten haben, zum Teil viel größere als Polen, und daß von diesen Seiten kaum jemals Grenzverletzungen derart, wie sie bei den Polen nun schon häufig geworden sind, vorgekommen wären. Gestanden ist in dieser angesetzten Hinsicht, daß der eine nach Polen entkommene Flieger auf deutschem Boden eine Zwischenlandung vorgenommen hat und sogar die Freibeit behielt, obwohl er wahrlich auf deutschem Boden stand, sein Flugzeug mit Wasser zu versehen.

Gefährliche Schlagworte

Schlagworte sind die Irrlichter in dem Labyrinth der Politik. Besonders wenn sie auf dem schwierigen Boden der Außenpolitik ihr gleißendes Spiel treiben. Sie blenden und töden oft selbst diejenigen in einem bösen Sumpf, von dem man annehmen sollte, er sei sich seines Weges wohl bewußt. Und nicht genug damit, sie bringen nur zu leicht unter ganzes Volk in eine Sadasse, die weiblich von denjenigen Politikern außerhalb unserer Grenzpläne ausgenutzt wird, denen an der Isolierung Deutschlands besonders gelegen ist. Hauptächlich Frankreich ist, wie viele der deutschen Tagespolitik nur allzu leicht verborgen gebliebene Anzeichen verkünden, bemüht gewesen, Schlagworte, die für den innerpolitischen Gebrauch bestimmt waren, seinem Zweck der Vereinfachung Deutschlands nach Kräften dienbar zu machen. Die letzten Tage haben klipp und klar bewiesen, daß wir im Felde einer neuen, von Frankreich ernstlich betriebenen Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland stehen. Wieder flodert die Propaganda gegen uns auf, von der es schien, als sei sie endgültig eingekerkelt. Mit gewohnter Aufmerksamkeit lauscht das Ausland auf jede Äußerung aus deutschem Mund, um sie sofort mit den nötigen Verdrehungen und Entstellungen, sei es auch nur in böswilliger Verkennung des Faktischen, anzufangen und zu verwenden. So hat sich durch Frankreichs Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, eine außenpolitische Ausdrucksweise in der internationalen Presse entsponnen, zu einer Zeit, in der außenpolitische Probleme noch gar nicht allzulehr im Rampenlicht der europäischen Öffentlichkeit standen. Aber das bisher doch ansehnlich der deutschen Not recht jaghaft geäußerte Verlangen Deutschlands auf Erleichterung unerträglichster Tributlasten hat die Genfer, Frankreich an der Spitze, sofort auf den Plan gerufen, eingebend des strategischen Grundgedanken, daß die keine Abwehr der Angriffe sei. Den Anstalt zu diesem unter Frankreichs Führung stehenden, beinahe konzentrischen Angriff auf unsere Nation bot eine Rede des klugen Zentrumführers, Prälat Kaas in Kassel, der es gewagt hatte, das für französische Begriffe unerhörte Kühne Bild von dem deutschen Simon zu verwenden, der, von seinen Feindern allzulehr genau, eines Tages die Säulen des europäischen Tempels einreihen würde, ohne Rücksicht darauf, ob er selbst unter dem zusammenbrechenden Gebäude zugrunde ginge. Kaas, der im selben Atemzuge ein Bekenntnis zur Erfüllungspolitik ablegte und der mit dem Bilde vom deutschen Simon nur auf die Gefahren hinweisen wollte, die von einem zur Verzweiflung getriebenen Volke für Europa drohen, in dem 4½ Millionen fröhlicher Menschen dank der Tribute auf der Straße liegen, ist natürlich von Frankreich gründlich und bewußt mißverstanden worden. Das schlechte Gewissen links der Vogesen hat sofort aus diesen Worten eine Kriegsandrohung gesehen. Das ist nicht weiter traurig zu nehmen, denn wo der gute Wille zum Verhandeln fehlt, wird man bekanntlich auch mit Engelzungen vergeblich reden.

Unangenehm ist es aber, wenn unsere eigenen Landsleute dem Genfer törichte Schlagworte für die Fortsetzung seiner Propaganda liefern. Es war ein Parteifreund und des Prälaten Kaas, der Außenpolitiker der „Germania“ W. Dagemann, der in Ausführungen, die zum innenpolitischen Gebrauch für die Zentrumspartei bestimmt waren, sich zum unreflexiven Eideschwörer der französischen Isolierungspolitik machte. Er sprach davon, daß es zwei Arten der Politik in Deutschland gäbe: Verhandlungspolitik und Gewaltpolitik. Gefährliche und falsche Schlagworte in ruhigen Zeiten, doppelt gefährlich und sehr schädlich aber in einer Epoche, in der dem aufmerksamen Leser fremder Zeitungen — und dazu gehört doch wohl der Außenpolitiker der „Germania“ — nicht entgehen kann, daß sich die Situation zugespitzt hat, daß selbst in Deutschland bisher wohlgesinnten Blättern der Ton scharfer und die Stimmung lähler geworden ist. Deshalb sei hier mit aller Deutlichkeit festgesetzt, daß die Diskreditierungsversuche der nationalen Bewegung, sie wolle an Stelle der Verhandlungspolitik eine Gewaltpolitik setzen, eine aus dem Verluft an innenpolitischem Ansehen geborene Reaktionsphrasen ohne jeden Wahrheitsgehalt sind. Richtiger hätte Dagemann sagen müssen, daß es einen Gegensatz gibt zwischen Erfüllungspolitikern, die durch Leistung bis zum Anknüpfen unseres Wohlwollens Frankreichs erkaufen wollen und dabei freiz, trotz allem Entgegenkommen, auch über das Verfallener Diktat hinaus, nur immer wieder die unerfüllte Her Frankreichs geriet haben, und denen, die eine aktive Reaktionspolitik erstreben, um auf diesem Wege zu einer wirklichen Befriedung der europäischen und der Weltwirtschaft und damit zu einer dauernden, weil ehrlichen Verständigung zu kommen sich bemühen. Daß die Reaktionspolitik von der nationalen Bewegung nicht mit Gewalt angekrebt wird, ist auch dem Außenpolitiker der „Germania“ nicht unbekannt. Um so mehr sollte er sich scheuen, aus innenpolitischem Reaktionsbedürfnis ein solches Schlagwort in die Welt zu setzen. Denn den gefährlichen Kampf gegen Verfallenes und die Lüge von der deutschen Kleinigkeit am Ardege in unflarer Redewendung als Gewaltpolitik zu bezeichnen, kennzeichnet den Unfug, den Schlagwörter anzulisten können. Man könnte darüber zur Tagesordnung übergehen, wenn die Wirkung dieser Schlagwörter auf die innenpolitischen

Sechs Prozent Lohnkürzung im Ruhr-Bergbau

Der Spruch der Schlichterkammer

Ossen, 10. Jan. Heute vormittag hat der Sonder-Schlichter, Prof. Dr. Brahn, der gestern durch die Kooperationsordnung des Reichspräsidenten mit besonderer Vollmacht ausgestattet ist, die letzten entscheidenden Verhandlungen eröffnet. Vor Beginn erklärte der Schlichter, daß die Verhandlungen nur von kurzer Dauer wären, da beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihren Standpunkt, von dem sie nicht abweichen, nur noch einmal ganz kurz vertreten wollen. Um 11 Uhr wurde die Schlichterkammer gebildet, die aus denselben Herren besteht wie in den letzten Verhandlungen. Kurz nach 12 Uhr sah sich der Schlichter mit den beiden Unparteiischen jurist. am den Schiedspruch zu formulieren und der Kammer vorzulegen.

Im Laufe der Schlichtungsmission hatte die Vollziehung aller Vorsichtsmaßnahmen gegen etwaige Demonstrationen ergriffen. Vor dem Gebäude des Bergbauvereins und in den anliegenden Straßen patrouillierten zahlreiche Schutzbeamte.

Mittags 1/2 Uhr wurde der Schiedspruch gefällt. Er sieht eine Lohnkürzung von 6 Prozent vor.

Die Erklärungsrufe läuft am Montagvormittag 9 Uhr ab. Die Verhandlungen sind am Montag nachmittags 5 Uhr im Reichsarbeitsministerium schloß. Die Arbeitsgeber haben sofort erklärt, den Schiedspruch nicht anzunehmen zu können. Die Arbeitnehmer werden morgen zu dem Spruch Stellung nehmen.

Zeilstreik in Solingen

Solingen, 10. Jan. Nach dem ergebnislosen Verlauf des Metallarbeiterstreiks in Remscheid hat die kommunale Gewerkschaftsopposition gestern Abend einen Zeilstreik für Solingen erklärt, der heute in Kraft treten sollte. Der Streik, der sich heute früh in vier Betrieben bemerkbar machte,

darfte jedoch nur geringen Umfang annehmen, da sowohl der Streik wie der Christliche Metallarbeiterverband vor wilden Streiks warnten.

Der Reichskanzler in Schlesien

Reife, 10. Jan. Der Sonderzug mit dem Reichskanzler und den Herren seiner Begleitung, sowie dem Vertreter des preussischen Wohlfahrtsministers, Staatssekretär Krüger, verließ Ratibor vormittags 8 Uhr zur Weiterfahrt nach Leobschütz.

Nur Verabschiedung hatten sich auf dem Bahnsteig Prälat 11 Uhr 15 und Oberbürgermeister Kaschun eingefunden. Im Sitzungssaal des Landratsamtes Leobschütz begrüßten die Landräte von Leobschütz und Neuhäusen und der Bürgermeister von Neuhäusen den Reichskanzler. Nach eingehenden Darlegungen der Herren erwiderte Reichskanzler Brüning mit kurzen Ausführungen, in denen er das lebhafteste Interesse der Reichsregierung an den geschäftlichen Fortschritten der dortigen Bergbauindustrie, der auf der Fahrt zum und vom Landratsamt durch hofberühmte Schulleitung begrüßt wurde, im Sonderzuge die Weiterreise nach Reife.

In Leobschütz liegen in den Sonderzug noch der Zweite Präsident der Landwirtschaftskammer von Oberschlesien und der Direktor der Landwirtschaftskammer, um auf der Weiterfahrt mit Reichsminister Trevisanus die technische Seite der Umschuldungsaktion zu besprechen. An dieser Besprechung nahmen auch eine große Anzahl von Landräten und führenden Persönlichkeiten der Landwirtschaft des Bezirkes teil. Gegen 10 1/2 Uhr trat der Sonderzug in Reife ein, wo der Reichskanzler von Oberbürgermeister Dr. Franke auf dem Bahnsteig begrüßt wurde. Von dort geht die Fahrt im Auto nach Schlaib weiter.